

10. Staatliche Elektrizitätsproduktion.
11. Vermehrte Fabrikgesetzgebung zum Schutze der Arbeiter.
12. Schaffung eines Ministeriums für Gesundheit und eines Ministeriums für Anstellungen zur wirksamen Unterstützung der Existenzrechte der Armen, Kranken, Alten und Arbeitslosen.
13. Stärkung der lokalen Befugnisse von Grafschafts- und Gemeindebehörden auf dem Gebiet des Land-erwerbs, der Pacht und der Veräußerung von Agrikulturböden.
14. Reform der Wohnungsverhältnisse; großzügige Durchführung von Arbeiterheimbauten.
15. Allgemeine landwirtschaftl. Gesetzgebung. Staatsaufbau von Land; wissenschaftliche Ausbeutung des Bodens; Erhöhung der Löhne und Besserung der Wohnverhältnisse im landwirtschaftlichen Betrieb.
16. Unentgeltliche, ausreichende Erziehung für alle und bessere Auslösung der Lehrer.
17. Nationalisierung der Lebensversicherung.
18. Schutzmaßnahmen gegen den während des Krieges realisierten Geldruhr der Banken durch die Ausübung der nationalen Postpartassen und die Nationalisierung der Banken.
19. Steuerreform in dem Sinne, daß die Kriegskosten nicht indirekt bezahlt, sondern durch eine Kapitalabgabe, durch eine conscription of wealth (Vermögensausbeutung) gedeckt werden sollen.

Die große Mehrheit dieser Programmpunkte wird uns kaum befremden oder überraschen. Soweit sie eine möglichst glimpfliche Transformierung des Kriegsbetriebes zum Friedensbetrieb erstreben und darauf ausgehen, den wirtschaftlich geschwächten Klassen aufzuhelfen, die allzu hochstehenden Distelköpfe des Kapitalismus aber niederer zu stützen, finden sie offenbar den Beifall aller verständigen und human gesinnten Elemente. Fraglich ist nur, ob der durch zu plötzliche Sozialisierung verwirklichte Staatsabsolutismus und die vielleicht sehr weitgehende conscription of wealth nicht den Unternehmungsgeist der Pioniere des Wirtschaftslebens tötet, den Produktionsbetrieb lahmlegt und die Freiheit des Einzelnen völlig illusorisch macht. Was nützt aber einem Volk die Verwirklichung der Ideale Gleichheit und Brüderlichkeit, wenn an die Stelle der Freiheit die Knechtschaft tritt, und wenn keine Freude an der fruchttragenden Betätigung der eigenen Hände und des eigenen Geistes die öde Monotonie der Gleichheit eines lebenerwürgenden Zwanges aufhebt?

Erwägungen derart, wie die eben angeführten, mögen die Liberalen Asquiths in ihren traditionellen Idealen vom individuellen Recht und von der Gesundheit freien Strebens bestärken. Asquith macht sich zwar keine Illusionen, er führt einen schweren Kampf; etwa die Hälfte seiner früheren Erfolgskreuzer sind ins Lager Lloyd Georges abgeschwenkt. Doch er kann sich damit trösten, seine Freiheitsparole hat für die kommenden Zeiten wachsende Bedeutung; wenn sich erst die Bergesellschaftungswut ausgelebt hat, wird man im Individualismus glückverklärt eine Auferstehung feiern. Asquiths Programm enthält vor allem die Kampfansage an den Statismus; die englischen Liberalen meinen es ernst mit der Abschüttelung des erdrückenden Kriegsjochs. Alle Restriktionen und Reglementarisierungen des Lebens sollen Glied um Glied fallen; Pressfreiheit, Sprech- und Bewegungsfreiheit sollen gewahrt werden; die Aktivität der Bürger soll sich wieder möglichst unabhängig von staatlichen Direktiven in den Richtungen ergeben, in denen es ihr selbst am wohlsten ist. Deshalb treten die Liberalen auch entschieden für die Aufrechterhaltung des Free-trade-(Freihandels-)prinzips ein. Die irische Home Rule und das Welsh Church Disestablishment (Enteignung der Kirche von Wales) sehen als Kriterien des nationalen Unabhängigkeits-sinnes für die Liberalen im Vordergrund der zu unternehmenden Aktionen. Asquith könnte im Grund mit der Arbeiteropposition und den Tren in gewissen Fragen der Koalition erhebliche Schwierigkeiten bereiten: im ganzen aber wird man erwarten dürfen, Lloyd Georges durch den Krieg erhärtete Autorität und seine Genialität werden die Entwicklung der nächsten Zeit fast monarchisch beherrschen. Einstweilen ist es ja das Wichtigste, daß das britische Volk ohne wirtschaftliche Katastrophe und ohne soziale Revolutionen in den neuen Friedensbetrieb einlenkt;

Das Programm der englischen Opposition.

(Korrespondenz.)

Lloyd George und seine Koalition verfolgen in ihrer Politik einen mittleren Kurs zwischen dem extremen Sozialismus, der die absolutistische Staatswirtschaft herbeiführen möchte und dem alten Liberalismus, der durch den gesteigerten Etatismus der Kriegsjahre neue Widerstandsenergie und Zukunftsberechtigung bekommen hat. Wir haben in einem früheren Artikel unsern Lesern die wichtigsten Programmpunkte Lloyd Georges vorgelegt; es ist durchaus nötig, daß wir auch die Ideale und Postulate der englischen Arbeiterpartei einerseits und des Asquithschen Liberalismus andererseits kennen, wenn wir einen Ueberblick über die politische Situation im Vereinigten Königreich gewinnen wollen.

Die britische Labour Party wünscht vor allem am Friedenskongreß vertreten zu sein. Der Friede soll nach ihrer Meinung — und wir sind durchaus derselben Ansicht — nicht eine Interessenabartung von Regierungseliquen sein, sondern das Fundament für ein ersprießliches Leben von Millionen arbeitender Menschen. Zugleich mit dem Weltfriedenskongreß soll eine Weltarbeiterkonferenz tagen: mit großem Recht, denn die Liga der Völker muß demokratisch gebaut sein und nur eine internationale Verständigung kann haltbare Bestimmungen über die Fabrikarbeitsverhältnisse, über Maximalwertzeit und über die Abstellung ungesunder Arbeit schaffen. Außer diesen allgemeinen präliminaren Wünschen erhebt die Arbeiterpartei folgende zwanzig Forderungen:

1. Ausreichende Sorge für die entlassenen Soldaten.
2. Staatliche Maßnahmen für die Umsiedelung der Munitionsarbeiter.
3. Wiederherstellung der durch den Kriegsbetrieb gestörten Gewerkschaftsnormen.
4. Wiederherstellung der Sprech-, Press-, Reise- und Arbeitsfreiheit. Abschaffung der Militärpflicht.
5. Allgemeines Wahlrecht für beide Geschlechter; uneingeschränkte Suprematie des Unterhauses.
6. Home Rule für Irland.
7. Devolutionsmaßnahmen im Sinne der Schaffung einer welschen und schottischen Landesautonomie.
8. Dauernde Verstaatlichung des Eisenbahn- und Kanalbetriebes.
9. Verstaatlichung der Kohlen- und Eisentminen.

wenn der große Welshman das noch zustande bringt, so werden ihm selbst die Liberalen Asquiths und die Labourpartei im Grund nicht gram sein, und auch wir in der Schweiz werden ihm, wenn er etwas darauf gäbe, unsere Anerkennung für das Kunststück seinerzeit nicht versagen können: unsere Existenz beruht jetzt — rein wirtschaftlich — auf der Erwartung, daß die Weststaaten samt Amerika, nicht nur sich selbst von der unsinnigen Kräfteabgabe des Krieges erholen und wieder den ruhigen Gang des Friedens einschlagen, sondern daß sie auch unsere fast aufgezehrten Lebenskraftvorräte speisen und in gesunde Zirkulation bringen können.

A. R.